

# ÖGZ

ÖSTERREICHISCHE GEMEINDE-ZEITUNG

Das Magazin des Österreichischen Städtebundes



Österreichischer  
Städtebund

Nr. 2-2010

BELEGEXEMPLAR

Beachten Sie bitte  
Seite 26

## Kommunen in Europa

### Der Vertrag von Lissabon

Kommunale Aspekte

### Parlamentarismus

Gestärkte  
Mitentscheidungsrechte

### Demokratie

Mehr Einfluss für Städte



# Herausforderung: Europa-Kommunikation

Seit dem EU-Beitritt Österreichs im Jahr 1995 ist der europäische Integrationsprozess weit fortgeschritten. Die Einführung des Euro, die Erweiterungsschritte 2004 und 2007, die Umsetzung des Schengen-Abkommens sowie das Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon waren wichtige Meilensteine für das Zusammenwachsen Europas. Trotzdem ist das Verhältnis der Österreicherinnen und Österreicher zur Europäischen Union nicht immer friktionsfrei.

**Paul Schmidt**

*Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik*

Zwar ist die Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise gestiegen, doch viele Menschen fühlen sich vom Ausmaß der Integrationsschritte bedroht und begegnen EU-Themen mit Ablehnung. So sind etwa der Vertrag von Lissabon oder die Erweiterung oft negativ besetzt. Skepsis entsteht auch aus der Unsicherheit, welche Bereiche auf nationalstaatlicher Ebene geregelt werden und wo die EU zuständig ist. Schließlich sind auch die Medien und politischen Entscheidungsträger mitverantwortlich, die oftmals verschweigen, dass Österreich bei EU-Entscheidungsprozessen gleichberechtigt eingebunden ist.

Im Sinne der Weiterentwicklung einer offenen und lebendigen Demokratie ist das europäische Projekt auf den Rückhalt der BürgerInnen angewiesen. Deshalb ist nachhaltige und objektive Europa-Kommunikation gefragt. Um die EU den Menschen näher zu bringen, müssen Sorgen und Ängste ernst genommen werden. Gleichzeitig ist es notwendig, den unbestreitbaren Mehrwert des Integrationsprozesses für den/die Einzelne/n zu erklären. Die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE), 1991 als parteipolitisch unabhängige Plattform auf sozialpartnerschaftlicher Basis gegründet, stellt sich dieser Herausforderung. Die ÖGfE verfügt über ein breites Netzwerk an Europa-ReferentInnen und kooperiert mit Sozialpartnern, Ministerien, EU-Institutionen sowie NGOs im Europabereich. Diskussionsveranstaltungen, zielgruppenspezifische Info-Materialien sowie Info-Arbeit für SchülerInnen, Betriebe, SeniorInnen etc. sollen Interesse an der EU wecken und zur kritischen Beschäftigung anregen. Meinungsforschung, Medienkooperationen sowie regelmäßige Newsletter an über 3.200 E-Mail-Adressen sind weitere wesentliche Elemente der ÖGfE-Tätigkeit.



In den vergangenen Monaten stand die Informationsarbeit zu den Wahlen zum Europäischen Parlament im Mittelpunkt unserer Aktivitäten. Gemeinsam mit Partnern wurden drei zielgruppenspezifische Wanderausstellungen konzipiert und auf Tour geschickt. Bei rund 170 Diskussionsveranstaltungen an Schulen in ganz Österreich konnten dadurch mehr als 25.000 Jugendliche direkt erreicht werden. Weiters war die ÖGfE auf Bildungs- und Seniorenmessen sowie in 31 Wiener Pensionistenwohnhäusern mit einem umfangreichen Informationsangebot vertreten. Mit Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages am 1. Dezember 2009 hat die Europäische Union einen wichtigen Schritt in Richtung eines bürgernahen Europa gesetzt. So können BürgerInnen mit der Europäischen Bürgerinitiative erstmals eigene Anliegen auf die Tagesordnung der Kommission bringen. Auch die Städte und Kommunen sind Gewinner des Vertrages, wird durch

ihn doch die lokale Selbstverwaltung anerkannt und dem Subsidiaritätsprinzip Rechnung getragen. Die ÖGfE möchte in ihrer Arbeit verstärkt darauf hinweisen, dass „europäische Themen“ gerade für Städte und Kommunen von überaus großer Relevanz sind. Dies soll durch regionale Aktivitäten sowie durch eine intensiviertere Zusammenarbeit mit Bezirks- und Regionalmedien erreicht werden.

Die EU ist kein Projekt der Eliten, sondern betrifft jede/n von uns. Deshalb ist es wichtig, aufzuzeigen, was die EU-Mitgliedschaft gerade für ArbeitnehmerInnen, für KonsumentInnen, aber auch sozial schwächer gestellte Gruppen bedeutet. Ein offener Dialog über Chancen und Risiken ist erforderlich. Wir laden alle herzlich ein, sich daran zu beteiligen!

**Link-Tipps:**  
[europa@oegfe.at](mailto:europa@oegfe.at)  
[www.oegfe.at](http://www.oegfe.at)